Wirtschaft in der Hauptstadtregion hakt 2024 ab

06.05.24 | Berlin

Wirtschaft in der Hauptstadtregion hakt 2024 ab

UVB-Frühjahrsumfrage: Kaum eine Branche erwartet spürbaren Aufschwung

Die Wirtschaft in der Hauptstadtregion wird 2024 weniger stark wachsen als im vergangenen Jahr. Mehr als die Hälfte der Branchen in Berlin und Brandenburg rechnen mit einer schlechteren Entwicklung als 2023, vier von zehn rechnen mit Stagnation.

Nur drei Prozent gehen von besseren Geschäften aus. Das ist das Ergebnis der Frühjahrsumfrage der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) unter ihren rund 60 Mitgliedern.

Die Skepsis zeigt sich auch in den Investitionsplänen. Kein einziger der befragten Wirtschaftszweige rechnet mit höheren Ausgaben für Maschinen oder Anlagegüter in diesem Jahr. 64 Prozent wollen auf dem aktuellen Stand bleiben, 36 Prozent wollen weniger investieren.

42 Prozent der Branchen geht es aktuell schlecht

Auch die aktuelle Lage beurteilt die Wirtschaft sehr zurückhaltend. 42 Prozent der Branchen gaben an, ihren Mitgliedern gehe es eher schlecht, 33 Prozent stuften die Situation als mittelmäßig ein. 24 Prozent gaben an, die Lage sei gut oder sehr gut.

„Die Skepsis gegenüber Investitionen zeigt, dass eine große Zahl von Betrieben tief verunsichert ist“, sagte UVB-Hauptgeschäftsführer Alexander Schirp am Montag auf der Jahrespressekonferenz der Spitzenorganisation in Berlin. „Sie hadern zum einen mit den Problemen des Standorts, etwa mit der übermäßigen Bürokratie, dem Fachkräftemangel und der unklaren Entwicklung bei den Energiepreisen. Zweitens sind sie durch die vielen Krisen und Konflikte und die allgemeine Nachfrageschwäche zurückhaltend geworden.“

Industrie gibt sich pessimistisch

Von Pessimismus berichten vor allem Industrieverbände aus den Bereichen Chemie und Pharma, Holz, Kunststoff und Energie sowie der Bau. Das Handwerk arbeitet derzeit noch viele Aufträge der vergangenen Monate ab, vor allem im baunahen Bereich. Für die kommenden Monate erwarten viele Gewerke schwierigere Bedingungen. In den Dienstleistungssektoren ist das Bild gemischt. Hotels, Gastronomie und Handel spüren die Kaufzurückhaltung. Die IT-Branche und die Start-up-Wirtschaft indes, die seit vielen Jahren zu den Wachstumstreibern in der Region gehören, sehen sich auch für 2024 im Aufwind.

Beim Bruttoinlandsprodukt sehen die Unternehmensverbände daher eine leichte Abkühlung gegenüber 2023. Sowohl Berlin als auch Brandenburg dürften über anderthalb Prozent Wachstum nicht hinauskommen, erklärte Schirp.

Für umso dringlicher hält er konsequentes Handeln in der Wirtschaftspolitik. „Beim Bürokratieabbau sind wir noch nicht entscheidend vorangekommen. Das Schneller-Bauen-Gesetz ist positiv, kann aber nur ein Anfang sein. Berlin, Brandenburg und der Bund müssen noch viel mehr tun. Eine One-in-two-out-Regelung für neue Gesetze würde die Firmen entscheidend entlasten.“

Eine Ausbildungsplatz-Abgabe dagegen, wie sie der Senat weiterhin diskutiert, würde die Belastungen für die Unternehmen weiter erhöhen und zugleich das Problem fehlender und fähiger Auszubildender nicht lösen.

Teure Wohnungen schrecken Fachkräfte ab

In Sachen Fachkräfte sei der Wohnungsmarkt in der Region eine echte Belastung, warnte der Spitzenverband. „Unsere Firmen sind angesichts der rasant steigenden Mieten besorgt. Die Wohnungsnot schreckt viele Menschen davon ab, nach Berlin und Brandenburg zu kommen. Die Politik muss viel intensiver die Potenziale für mehr Wohnungsbau nutzen: zusätzliche Flächen ausweisen, auch auf dem Tempelhofer Feld, das Bauen billiger machen und die Verwaltungen ermutigen, den Planungs-Turbo einzuschalten“, riet Schirp.

„Allein durch eine Nachverdichtung in Berlin sehen wir Potenzial für viele tausend Wohnungen", fügte er hinzu.

Mit Blick auf die anstehenden Wahlen zum Europaparlament und in Brandenburg unterstrich Schirp, wie wichtig eine stabile und wirtschaftsorientierte Politik sei. „Sowohl in der EU als auch auf Landesebene brauchen wir eine Agenda für mehr Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Transformation. Wir hoffen, dass möglichst viele Menschen ihr Wahlrecht nutzen und die demokratischen Kräfte stärken.“

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das

Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Video

UVB-Hauptgeschäftsführer Alexander Schirp bewertet die wichtigsten Resultate der Frühjahrsumfrage.

Download

Frühjahrsumfrage in Charts

So beurteilen die UVB-Mitgliedsverbände die Aussichten für 2024.

Charts zum Download (553 KB)

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] uvb-online.de

Download VCF